

## Neues aus den Brüsseler Think Tanks

November 2012

Anleihenkäufe der EZB, Fragen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und ein Blick auf die Beziehungen der EU zu China – auch im Herbst wird in der Europäischen Union viel diskutiert. Aufmerksam verfolgt und fachkundig kommentiert wurde das Geschehen auch von den verschiedenen in Brüssel ansässigen Forschungsinstituten. Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag dabei auf folgenden Themen:

### 1. Die EZB und der Ankauf von Staatsanleihen: Fluch oder Segen für den Euro?

Mit seinem Vorstoß zum Ankauf von Staatsanleihen hat der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, im September für Aufsehen gesorgt. Mit dieser Maßnahme will die EZB dazu beitragen, finanziell kriselnde Euro-Länder zu stabilisieren. Dafür hat die EZB ein neues Anleihenprogramm (Outright Monetary Transactions, kurz: OMT) angekündigt. Dieser Schritt ist nicht nur in Deutschland umstritten. Auch die Brüsseler Forschungsinstitute setzen sich mit dem Thema auseinander, wobei sich sowohl Kritiker als auch Befürworter der EZB-Politik finden.

Uri Dadush von Carnegie Europe vertritt dabei eine ablehnende Position gegen das Anleihenprogramm. Sowohl die Märkte als auch die Politik würden die mit dem neuen Kurs der EZB verbundenen Risiken unterschätzen. Sei-

ner Meinung nach wären Eurobonds oder die Aufstockung des Rettungsfonds ESM die bessere Lösung gewesen. Nun sei jedoch die Last der Entscheidung auf die Technokraten der EZB verschoben worden. Dadush stellt die Frage, ob die EZB damit nicht über ihre Kompetenzen hinaus agiert. Er verweist außerdem auf Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Programms, beispielsweise seitens des Bundesverfassungsgerichts. Laut Dadush ist die von Draghi getroffene Entscheidung insgesamt mit erheblichen Risiken behaftet. Ob der Euro auf lange Sicht überleben kann, hängt ihm zufolge von der Entwicklung der Banken- und Finanzunion ab.

André Sapir von Bruegel befürwortet dagegen das Einschreiten der Zentralbank. Das vorrangige Ziel der Geldpolitik der EZB sei die Preisstabilität im Euroraum. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Einheit der Währungsunion wiederhergestellt werden. Sapir vermutet, dass das Programm funktionieren wird und nennt dafür drei Gründe: Erstens sei das OMT-Programm an strikte Konditionen gebunden. Ein Land, welches die neue Förderung in Anspruch nehmen möchte, muss Hilfe beim Rettungsschirm EFSF bzw. beim ESM angefordert und einem Anpassungsprogramm zugestimmt haben. Zweitens seien Anleihenkäufe nach dem OMT-Programm grundsätzlich unbegrenzt, so lange das Empfängerland die gestellten Bedingungen erfülle. Drittens werde das Eurosystem beim Anleihenkauf via OMT genauso wie andere Gläu-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK

BARBARA SCHMICKLER

November 2012

biger behandelt. Würde die EZB nur den Privatsektor ersetzen, wäre das Programm zwecklos, so Sapir. Er wendet sich gegen eine Währungsunion der zwei Geschwindigkeiten „mit einem dynamischen Kern und einer hinterherhinkenden Peripherie“. Diese würde auf Dauer nicht überleben, da hohe Risikoaufschläge in der Peripherie nicht nur Staaten, sondern auch den Privatsektor behinderten.

Auch Paul de Grauwe vom Centre for European Policy Studies spricht sich in seinem Beitrag für die Financial Times für unbegrenzte Anleihenkäufe aus und bezeichnet die Maßnahme der EZB als „Wendepunkt“, da so die Eurozone vorerst gerettet worden sei. Durch das OMT-Programm sei ein zentrales Defizit der EZB beseitigt und diese zu einem „Kreditgeber der letzten Instanz“ aufgewertet worden. De Grauwe kritisiert jedoch scharf die Bundesbank, welche die Glaubwürdigkeit des OMT-Programms durch den „Guerillakrieg“ ihres Präsidenten Weidmann torpediere und so eine Stabilisierung der Gemeinschaftswährung gefährde. Als Erklärung gibt er an, die Bundesbank sei von Beginn an gegen die Einführung des Euros gewesen, da sie durch ihn ihre hegemoniale Position in Europa verloren habe und auf den Status einer gewöhnlichen Zentralbank herabgestuft worden sei. Früher oder später, so de Grauwe, müsse Deutschland sich entscheiden, ob es den Euro verlasse oder die neue Rolle der EZB akzeptiere.

**CARNEGIE EUROPE (12.10.2012): The ECB Can't Rescue Europe.**

<http://carnegieendowment.org/2012/10/12/ecb-can-t-rescue-europe/e0o5>

**BRUEGEL (25.09.2012):** Wir brauchen Licht am Ende des Tunnels.

<http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/901-wir-brauchen-licht-am-ende-des-tunnels/>

**CENTRE FOR EUROPEAN POLICY STUDIES/ FINANCIAL TIMES (22.10.2012):** Stop this campaign against ECB policy.

<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/8e902142-1c32-11e2-a63b-00144feabdc0.html#axzz2AlqdhCcT>

## 2. Wie geht es mit dem Haushalt der EU weiter? Die Debatte um den mehrjährigen Finanzrahmen und ein Budget für die Eurozone

Auf der Novembertagung des Europäischen Rates am 22./23. November soll der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020 besprochen werden. Ebenfalls in der Diskussion: Ein eigenes Budget für die Eurozone. Hier hat EU-Ratspräsident Herman van Rompuy bereits konkrete Pläne vorgestellt. Grund genug für die Brüsseler Think Tanks, sich mit dem Thema MFR zu beschäftigen.

Das European Policy Center (EPC) widmet dem Vorschlag von Rompuys eine kurze Analyse. Ergebnis: Bei einer vollständigen Fiskalunion müsste auch die Rolle eines gemeinsamen Budgets definiert werden, das nicht durch den Mehrjährigen Finanzrahmen gedeckt wird. Autor Fabian Zuleeg kritisiert, dass die Schlüsselparameter dieses Budgets noch unklar sind: Welchen Zweck soll es erfüllen und wer soll davon profitieren? Offen ist, wie groß Umfang und Finanzierung sind. Er vermutet, dass der Eurozonen-Haushalt von den stärksten Euroländern finanziert werden müsste oder direkt durch nationale Abgaben wie der Finanztransaktionssteuer. Zuleeg verweist auch auf die Aufgaben, die das Eurobudget übernehmen könnte: Es sollte die Finanzierung von Reformen in kriselnden Staaten un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK

BARBARA SCHMICKLER

November 2012

terstützen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit fördern. Andere Länder könnten jedoch zu Bedenken geben, wieso nur Krisenstaaten unterstützt werden. Zuleeg schlägt eine Vergabe nach objektiven wirtschaftlichen Kriterien vor.

Zuleeg ist auch Mitautor einer Studie des EPC zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Diese unterstreicht vor allem den engen Zeitplan, dem sich die EU und die Mitgliedstaaten gegenübersehen. So müssen der Rat und das Parlament noch in diesem Jahr eine Einigung erzielen, damit der MFR 2013 verabschiedet werden kann. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen sehr politisiert sind.

Das Centre for European Policy Studies (CEPS) beschäftigt sich in seiner Analyse insbesondere mit komplexen, innovativen Finanzinstrumenten, welche die EU-Politik finanzieren sollen. Sie formulieren Vorschläge, wie Governance-Strukturen verbessert werden können, etwa durch die Einrichtung neuer Formen für Fremd- und Eigenkapitalfinanzierungen. Allerdings stellen sie auch die Frage, wie diese Formen konkret aussehen dürften. Grundlage für ihren Aufbau sollen die neuen dienststellenübergreifenden Expertengruppen für Finanzinstrumente (FIEG) der Europäischen Kommission sein. Zudem fordern die Autoren eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der FIEG und den anderen institutionellen Akteuren. Für das effiziente Funktionieren der Instrumente und die Steigerung ihrer Wirkung müssten Rückflüsse für die Refinanzierung der Instrumente genutzt werden, wodurch sie potenziell haushaltsneutral gestaltet werden und sich selbst finanzieren können.

**EUROPEAN POLICY CENTRE (18.10.2012):** The state of play on the EU

Multiannual Financial Framework (MFF) 2014 – 2020 interinstitutional negotiations.

[http://www.epc.eu/documents/uploads/pub\\_3014\\_order\\_4097\\_-\\_the\\_state\\_of\\_play\\_on\\_the\\_eu\\_mff\\_2014\\_2020\\_interinstitutional\\_negotiations.pdf](http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_3014_order_4097_-_the_state_of_play_on_the_eu_mff_2014_2020_interinstitutional_negotiations.pdf)

**EUROPEAN POLICY CENTER**

**(15.10.2012):** A budget for the Eurozone?

[http://www.epc.eu/pub\\_details.php?cat\\_id=4&pub\\_id=2998](http://www.epc.eu/pub_details.php?cat_id=4&pub_id=2998)

**CENTRE FOR EUROPEAN POLICY STUDIES (18.10.2012):**

The use of innovative financial instruments for financing EU policies and objectives implications for EU and national budgets.

<http://www.ceps.be/book/use-innovative-financial-instruments-financing-eu-policies-and-objectives-implications-eu-and-n>

### 3. EU-China-Beziehungen: Wohin steuert die neue kommunistische Führung?

Am 20. September war der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao in Brüssel zu Gast, wo er mit Hermann van Rompuy und José Manuel Barroso zusammentraf. Das chinesisch-europäische Gipfeltreffen war umso wichtiger, als dass in der Kommunistischen Partei Chinas ein Führungswechsel bevorsteht: Ende des Jahres werden Wen sowie Präsident Hu Jintao durch eine Generation jüngerer Politiker abgelöst werden. Die Brüsseler Think Tanks analysieren die Beziehungen zwischen der EU und dem Reich der Mitte.

Das European Union Institute for Security Studies widmet dem Thema sogar eine gesamte Rubrik. In diversen Artikeln werden unter anderem die Entwicklung der chinesischen Zivilgesellschaft und die Auswirkungen der kommunistischen Nachfolgeregelung auf die chinesische Außenpolitik beleucht-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK

BARBARA SCHMICKLER

November 2012

tet. Michael Yahuda schreibt, dass Chinas Führung sich vor allem auf innenpolitische Probleme konzentrierte und den außenpolitischen Partnern – mit Ausnahme der USA und mit Abstrichen Deutschlands – nur wenig Aufmerksamkeit zollte. So habe China nur wenig getan, um die von der Krise betroffenen EU-Staaten zu unterstützen.

Shi Zhiqin schreibt in seinem Beitrag für Carnegie Europe: China habe, im Gegensatz zu den USA, den Schuldenstaaten Griechenland und Spanien konkrete Hilfe angeboten. Die chinesische Führung sei überzeugt davon, dass die Eurorettung gelingen könne und unterstütze die europäischen Pläne zum Aufbau einer politischen Union. Im Gegenzug erwarte sie aber auch von Europa mehr Anerkennung und Zurückhaltung bei innenpolitischen Fragen – andernfalls werde China sich anderen Partnern zuwenden. Als Hauptproblem der europäisch-chinesischen Beziehungen macht der Autor die Uneinigkeit unter den europäischen Regierungen aus, welche keine kohärente Position gegenüber Peking verträten. Die geringen außenpolitischen Kompetenzen der EU verlangsamten die Entscheidungsfindung und zwängen die chinesische Regierung dazu, bilateralen Beziehungen zu den europäischen Ländern den Vorzug zu geben.

Ähnlich äußerte sich Pierre Defraigne von Madariaga, dem Forschungsinstitut des Europakollegs: Die EU habe das Potenzial, ein verantwortungsbewusster Akteur in einer zunehmend multipolaren Welt zu werden und somit auch als Vorbild für China zu wirken. Dies werde jedoch durch ein Konkurrenzdenken unter den „drei Großen“ der europäischen Außenpolitik – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – verhindert. Dabei sei die kommunistische Führung durchaus an einem geeinten und wirtschaftlich gesunden Europa interessiert, da ein Scheitern des Euro und die Schwächung der strategischen Position der EU zwangsläufig

fig auch negative Auswirkungen auf China haben dürften.

Zu einem ähnlichen Fazit kommt auch Chen Zhimin für das belgische Egmont Institute in seiner Bilanz des EU-China Gipfels vom 20. September. Trotz mancher tiefgehender Differenzen – der Autor nennt vor allem handelspolitische Konflikte sowie die Irritationen der chinesischen Führung angesichts vermehrter (militärischer) Interventionen der EU in ihrer Nachbarschaft – sei die neue kommunistische Führung an einer Fortsetzung und Stärkung der Zusammenarbeit mit Brüssel. Im Gegensatz zu Japan und den USA drohten mit Europa keine geopolitischen Auseinandersetzungen, was sich positiv auf die gegenseitigen Beziehungen auswirke. Andererseits sei durchaus zu erwarten, dass die Kommunistische Partei künftig bei der Verteidigung von außenpolitischen Interessen eine härtere Gangart einschlage.

**EUROPEAN UNION INSTITUTE FOR SECURITY STUDIES (7.09.2012):** EU

foreign policy in the Asia Pacific: striking the right balance between the US, China and ASEAN

<http://www.iss.europa.eu/publications/detail/article/eu-foreign-policy-in-the-asia-pacific-striking-the-right-balance-between-the-us-china-and-asean/>

**CARNEGIE EUROPE (15.10.2012):** Understanding China-EU Relations.

[carnegieeurope.eu/publications/?fa=49688](http://carnegieeurope.eu/publications/?fa=49688)

**MADRIAGIA (September 2012):** Pourquoi la Chine veut une Europe forte?

<http://www.madariaga.org/publications/madariaga-papers/748-pourquoi-la-chine-veut-une-europe-forte>

**EGMONT INSTITUTE (Oktober 2012):**

Results, Regrets and Reinvention: Premier Wen's last China-EU summit.

<http://www.egmontinstitute.be/papers/12/sec-gov/ESPO%20brief%206.pdf>